

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

25.1.1932 (No. 20)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsried-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. M. u. b.
Karlsruhe

Preis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gebüh. fest. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsried-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwinglicher Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infertent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reform der kommunalen Rechnungsrevision

Von Diplombörsenrat Dr. rer. pol. Karl Böhler, Karlsruhe i. B.

III.*

Was hier ganz allgemein über die Revision der freiwilligen Gemeindefähigkeit gesagt ist, das gilt selbstverständlich in extenso für die kommunalen Erwerbsbetriebe. Man darf ohne Übertreibung behaupten, daß die Revision dieser Betriebe zum Rückständigsten gehört, was es im Revisionswesen überhaupt gibt. Wo leistet es sich heute noch ein Industrie- oder Handelsbetrieb vom Ausmaß der Erwerbsbetriebe einer mittleren oder großen Kommune, sich nicht freiwillig der Kontrolle eines Wirtschaftsprüfers zu unterstellen? Was in der Privatwirtschaft längst eine Selbstverständlichkeit ist, das hat in den Kommunen noch nicht zu dämmern begonnen. Dort herrschen immer noch keine rein privatwirtschaftlichen Grundsätze, weil man nicht recht von der Vorstellung loskommt, als ob die Erwerbsbetriebe Wohlfahrtsbetriebe wären, die man weniger streng unter die betriebswirtschaftliche Lupe zu nehmen braucht, als es in der Privatwirtschaft geschieht. Man muß sich aber endlich darüber klar werden, daß die kommunalen Erwerbsbetriebe Unternehmungen rein privatwirtschaftlichen Charakters sind, die streng nach Rentabilitätsprinzipien betrieben werden müssen. Dies erkennen heißt aber auch, daß die Revision dieser Betriebe qualitativ mindestens nicht hinter der Revision vergleichbarer Privatbetriebe zurückbleiben darf.

Ebenso sehr wie von den materiellen Änderungen des heutigen Systems hängt aber der Erfolg einer Revisionsreform auch von der Lösung der personellen Frage ab. Ein Prüfungsorgan, das seiner Aufgabe gerecht werden soll, muß vor allem zwei Grundbedingungen haben, es muß unabhängig sein und es muß die für das Prüfungsgeschäft erforderliche Qualifikation haben. Man kann nicht behaupten, daß bei den jetzigen Prüfungsorganen diese Vorbedingungen erfüllt sind, jedenfalls sind sie bei der Gemeindefähigkeit weniger erfüllt, als bei den Prüfungsorganen für die Reichs- und Staatsrechnungen einerseits und für die Betriebsrechnungen der Privatwirtschaft andererseits.

Das Reich und die Länder bedienen sich zur Revision besonderer Behörden, der Rechnungshöfe (Oberrechnungskammern), die, wenngleich ihnen manche Mängel anhaften, wenigstens die eine Voraussetzung erfüllen, daß sie unabhängig sind. Es sind selbständige, nur dem Gesetz unterstehende Behörden, deren Mitglieder in der Regel richterliche Unabhängigkeit genießen. Man muß zugeben, daß das Reich und die Länder den Grundgedanken der Unabhängigkeit der Revisionsorgane noch am besten wahren. Im kaufmännischen Leben hat man beliebige **Bücherrevisoren und Treuhänder**. Ihre Unabhängigkeit ist dadurch gesichert, daß sie mit den zu prüfenden Betrieben in keiner wirtschaftlichen Verbindung stehen und auch von keiner vorgesehene Stelle beeinflusst werden können. Ganz so unabhängig wie die Rechnungshöfe sind sie allerdings nicht, weil sie ihr Entgelt aus dem geprüften Betrieb beziehen und weil der Konkurrenzkampf sie nötigt, sich die Sympathien der Betriebsleitungen zu verschaffen oder zu erhalten.

Am allerwenigsten jedoch ist das Unabhängigkeitsprinzip bei der Gemeinde- und Städterevision gewahrt. Dort ist es gewöhnlich so, daß das Gemeindeparlament selbst, oder ein aus seiner Mitte gebildeter Prüfungsausschuss, oder eine mit Gemeindebeamten besetzte Revisionsabteilung, vielfach außerdem noch die staatliche Aufsichtsbehörde die Revision vornehmen. In all diesen Fällen kann von einer Unabhängigkeit der Revisionsorgane keine Rede sein. Die Revision durch Mitglieder des Gemeindeparlamentes ist überhaupt keine Revision, weil dabei **Prüfer und Geprüfter** sich sozusagen decken; eine solche Prüfung muß sich notgedrungen darin erschöpfen, den Bürgermeister und die Gemeindebeamten auf die Einhaltung des Voranschlags zu kontrollieren. Den kommunalen Revisionsabteilungen und den staatlichen Aufsichtsbehörden aber sind aus naheliegenden Gründen die Hände gebunden, zumal auch ihnen die richterliche Unabhängigkeit fehlt. Auch die Übertragung des Revisionsgeschäfts an Sparcassen- und Giroverbände, eine Lösung, die man in Baden erwägt, stellt keine Verwirklichung des Unabhängigkeitsprinzips dar, weil diese Verbände durch die ihnen angehörenden kommunalen Sparcassen mit den zu prüfenden Kommunen in wirtschaftlicher Verbindung stehen, also wiederum nicht unabhängig sind. Das Unabhängigkeitsprinzip kann nur so verwirklicht werden, daß die Revision selbständigen **Treuhändern** übertragen wird, die durch gesetzliche Sicherungen

Letzte Nachrichten

Eröffnung der 66. Völkerverbandsratstagung Die Saar- und Danzig-Fragen

WTB. Genf, 25. Jan. (Tel.) Die 66. Tagung des Völkerverbandsrates begann heute vormittag 11 Uhr mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar daran die erste öffentliche Sitzung angeschlossen. Den Vorsitz der Tagung führt für Frankreich der Senator Paul Doumer.

Auf der jetzigen Tagung sind nur wenige Mächte durch Außenminister oder aktive Minister vertreten. Für Großbritannien ist Lord Robert Cecil, für Japan der Gesandte in Brüssel, Sato, für Italien der aus den Plattenverhandlungen bekannte Delegierte Russo, für Deutschland vorläufig der Gesandte Frhr. v. Weizsäcker erschienen. Die heutige Tagesordnung weist nur Punkte von nebensächlicher Bedeutung auf. Das Interesse an der Tagung ist vorläufig nicht sehr groß. Unter den Anwesenden bemerkt man wiederum eine Reihe von Vertretern der Minderheiten, Danzigs und des Saargebietes; bekanntlich enthält die Tagesordnung eine Reihe von Fragen, die sie besonders interessieren.

Sie eine neue Entente cordiale Pariser Stimmungsmache

WTB. Paris, 25. Jan. (Tel.) Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ beschäftigt sich im Hinblick auf die noch zu erwartende Unterredung zwischen Macdonald und Laval mit den Aussichten einer französisch-englischen Verständigung.

Die Außenpolitik des aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzten englischen Kabinetts sei ziemlich schwankend, aber die Periode der Ungewißheit nähere sich ihrem Ende. Die Vorzeichen seien nicht schlecht. Volkstümliche Zeitungen wie „Daily Mail“ und „Daily Express“ rieten dem englischen Volk, sich Frankreich zu nähern. Liege es etwa im englischen Interesse, für die Lausanner Konferenz in bedeutungsvoller Weise Deutschland dadurch auszurufen, daß man ihm die Reparationen abnehme? Liege es im englischen Interesse, die Verlegung der internationalen Abkommen und die rasche Degradierung des Versailler Vertrages zu verhindern? Im „Economist“ finde sich sogar überraschenderweise ein Artikel, der im Grunde genommen die deutsche These in der Korridorfrage zurückweise. Sollte England endlich erkennen, daß nur die Entente cordiale den Frieden retten könne?

Der englische Zollplan Englisch-dänisches Zollbündnis?

WTB. Kopenhagen, 25. Jan. (Tel.) Die Zeitung „Politiken“ bringt heute ein Interview mit dem englischen Minister für öffentliche Arbeiten, Dr. Ramsay Gore, worin dieser sich über den Plan der englischen Regierung, mit einer Reihe von Ländern, darunter Dänemark, neue Handelsabkommen zu treffen, wie folgt ausspricht:

Die englische Regierung hat den Zollplan ausgearbeitet, den sie dem Unterhaus vorlegen wird. Nach diesem Plan wird auf alle Waren, die in England eingeführt werden, ein Zoll gelegt, jedoch derart, daß die Kolonien und diejenigen Länder, mit denen ein Gegenseitigkeitsabkommen abgeschlossen werden kann, eine Vorzugsbehandlung behalten. Daneben werden jedoch die Kolonien eine größere Begünstigung erhalten. Das einzige Ziel der englischen Regierung ist, im Außenhandel Englands das Gleichgewicht herzustellen und den Weltmarkt wieder in Gang zu bringen. Wir wünschen, mit diesem Vorzugsabkommen mit den Kolonien und mit Ländern wie Argentinien, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark eine Interessengemeinschaft von einem riesigen Umfang zu schaffen, in der jeder Handelsumsatz mit möglichst geringen Hindernissen vor sich gehen kann. Wir sind bereit, Dänemark auf dem britischen Markt eine Vorzugsstellung einzuräumen und werden dafür mehr als eine Weisbegünstigung verlangen. Wenn das mit den bestehenden Handelsverträgen nicht möglich ist, müssen wir den Weg der Zollunion beschreiten.

Auf die Frage, ob es richtig sei, daß die englische Regierung auf alle Einfuhrwaren einen Wertzoll von 10 Prozent zu legen beabsichtige, erwiderte Minister Gore, für einige Waren werde der Zoll etwas über 10 und für andere weniger als 10 Prozent betragen; 10 Prozent könnten aber als Durchschnittssatz betrachtet werden.

Bankier Paul Warburg †. Am Sonntag ist in New York Dr. Paul Warburg, einer der führenden Bankiers der Vereinigten Staaten, 63 Jahre alt, verstorben. Er entstammte dem bekannten Hamburger Bankierhaus Warburg. Er ist der geistige Schöpfer des amerikanischen Zentralbankensystems, das durch Gesetz eingeführt wurde. Als Gründer (1921) und Leiter der International-Acceptance-Bank hat er sich an der Vermittlung amerikanischer Kredite an Deutschland in hervorragender Weise beteiligt. Noch im vergangenen Jahr trat Paul Warburg energisch für moralische und materielle Hilfe an Deutschland ein.

Von jeder Abhängigkeit frei gehalten werden müssen, so daß sie zum mindesten so unabhängig gestellt sind wie die Rechnungshöfe; darüber hinaus aber müssen sie das Recht haben, in den Gemeindeparlamenten aufzutreten.

(Schluß folgt.)

Auswege aus der Krise?

Von Geheimrat Professor Dr. Carl Duisberg

Herrn Rat Prof. Dr. Carl Duisberg, einer der bedeutendsten Führer unserer Industrie, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der I. G. Farben A.G., stellt der Zeitschrift „Reclams Universal“ zu dem brennendsten Problem der Gegenwart die folgenden wichtigsten Ausführungen zur Verfügung. (Red.)

Mehr als wir es alle ahnten, hat die mit unverminderter Wucht anhaltende Weltkrise die Folgen der Fehler gezeigt, die die Menschen des 20. Jahrhunderts in wirtschaftlichen Angelegenheiten gemacht haben. Der erste und wesentlichste Irrtum ist sowohl inner- wie außenpolitisch der, daß man politische Beschlüsse und machtpolitische Erwägungen ohne weiteres in der Wirtschaft glaubte realisieren zu können. Der zweite Irrtum ist der, daß man es in dem historisch gewordenen Zustand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Wechselwirkung unter den Völkern noch für möglich hielt, einzelne Volkswirtschaften aus der Gesamtzusammenarbeit isolieren und entwickeln zu können. Aus diesen beiden grundsätzlichen Fehlern folgt, daß heute das feingliedrige Netz der Kreditbeziehungen der Welt zerrissen ist und die wichtigsten in der produzierenden Wirtschaft führenden Länder, wie die Vereinigten Staaten, wie England und Deutschland, gefolgt von den übrigen Ländern der westlichen Zivilisation, unter einer allgemeinen Erstarrung des Wirtschaftslebens und unter nie gekannter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Nur Frankreich bildet vorläufig noch einzig und allein eine Insel in dieser die Welt erregenden Brandung.

Es ist erstaunlich, daß es der Menschheit unserer Tage, die in allen wissenschaftlichen und geistigen Problemen so eng und erfolgreich zusammenwirkte, in politischen und wirtschaftlichen Fragen nicht gelungen ist, die Erkenntnis der Gemeinsamkeit des Schicksals auf unserem Planeten in die Tat eines zielbetonten gemeinsamen Handelns umzusetzen.

Die Wurzel unserer Krise ist in dem politischen Diktatensystem von Versailles zu suchen, sie stellt letzten Endes erst den wirtschaftlichen Rückschlag der großen Welle des Weltkrieges dar. Die riesenhafte Kapitalvernichtung im Weltkrieg und der Kapitalberber durch die Liquidierung des Weltkrieges und seiner Folgen, abgesehen von den Tributzahlungen, machten eine Kapitalbildung in der Nachkriegszeit nur schwer möglich, zumal ja die Finanzierung des Krieges durch Zahlungspflichtigkeiten auf die Zukunft erfolgte, die heute in Form von Kriegsschulden die Kapitaldisposition beeinträchtigen.

Aber selbst der dann noch vorhandene Rest der Kapitaldispositionen in der Welt würde ausreichen, um die einzelnen Volkswirtschaften, wenn auch auf einem infolge der Kapitalverluste niedrigerem Niveau, zu stabilisieren. Aber dazu wäre eine vernünftige Verteilung der vorhandenen Kapitalmenge nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erforderlich. Statt dessen hat die Politik der Wirtschaft die Disposition über das vorhandene und sich neu bildende Kapital aus der Hand genommen. Aus politischen Gründen wurden in der Nachkriegszeit Anleihen auf Anleihen manchmal zu Zinsfängen gegeben, die in sich schon die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung trugen. Die heute überall eingetretene Kreditkrise dieser Art stellen einen weiteren Verlustposten der in der Welt vorhandenen Kapitalmenge dar.

Die endgültige Zerstörung der wirtschaftlichen Verteilung des allenthalben verengten Kapitalvorrats der Welt erfolgte dann aber, als man dazu überging, an bestimmten Stellen die Grundlage für das Geld und damit die Grundlage für die Anweisung auf das Kapital, nämlich das Gold, zu horten, was man durch eine in unserer modernen Wirtschaftsentwicklung noch nie dagewesene Kreditbindung zu erreichen suchte. Auf diese Weise trat an einzelnen Stellen ein totaler Vertrauensschwund ein.

Unsere moderne Wirtschaft beruht in einem Maße auf der Wechselwirkung zwischen Gläubiger und Schuldner und auf der dynamischen Entwicklung des Kreditverhältnisses, daß es einfach unmöglich ist, an einem bestimmten Termin alle Fäden zu durchschneiden, um nun plötzlich so etwas wie eine Inventur des Kapitalbestandes vorzunehmen. Die zwingende Realisierung wirtschaftlich arbeitender Kredite bedeutet einen Verlust einer solchen Ansumme von Kapital, das bisher wirtschaftlich gearbeitet

*Siehe Nr. 18 und 19 der „Karlsruh. Zeitung“.

hat, daß auch dieses Moment noch zu den schon erwähnten Kapitalverlusten hinzugezählt werden muß. Ich bin davon überzeugt, daß die Welt noch auf lange Jahre hinaus an diesen schwersten Erschütterungen zu fragen haben wird, und daß nur, wenn sich die Einsicht unter den Völkern der Welt von der Gemeinsamkeit des wirtschaftlichen Schicksals durchsetzt, auf einer Basis wieder aufgebaut werden kann, die weit unter dem Niveau von 1929, dem Niveau vor dem Beginn der schwersten aller Krisen, liegt.

Wenn man nun fragt, was von uns aus geschehen kann, um rechtzeitig auf eine gesunde Basis zu kommen, so muß ich sagen, daß darüber kein Programm mehr aufgestellt zu werden braucht. Selbstkostenanpassung, Verwaltungsvereinfachung, Ersparnisse an allen Stellen sind Momente, die heute in Deutschland allgemein bekannt sind. Die Durchführung wird aber davon abhängen, ob es gelingt, die Macht und die Kraft aufzubringen, um ein solches Programm durchzuführen, das alles, was wir tun können, um unser Zukunftschicksal wieder einmal günstiger zu gestalten, erfüllt. International gesehen, ist es heute wirklich die zwölfte Stunde, wie dies Viscount d'Arnonne neulich in ausgezeichneten klaren Ausführungen betont hat. Stabilität und Kooperation sind hier das Gebot, Vertrauen ist die Voraussetzung, endgültige Liquidierung der Vergangenheit, Beilegung des ungeliebten Teilungskomplexes in Sieger und Besiegte und das Wohlergehen aller Völker ist das Ziel.

Es ist in dieser Situation, in der die Not am höchsten steht, doppelt unverständlich, daß die Völker, statt nach Wegen zu suchen, um einander näherzukommen und sich wirtschaftlich zu ergänzen, um so in gemeinsamer Kraft die Welt wieder aufzubauen, plötzlich in Gebrüche von wirtschaftlichen Epochen zurückzufallen, auf deren Überwindung wir stolz waren. Oder ist es vielleicht eine besondere Leistung der Zivilisation, daß wir jetzt sogar einen Tauchverehr anzuwenden haben, den afrikanische Negerstämme durchzuführen? Oder ist es eine besondere Leistung der Zivilisation, daß einzelne Völker dazu übergehen, Zollmauern auf Zollmauern zu türmen, um eine in den meisten Fällen unmögliche Autarkie durchzuführen und damit dem Schuldner noch die einzige Möglichkeit zu nehmen, seinen Verpflichtungen nachzukommen? Wird dieses System in dem bisherigen Ausmaß auf die Dauer beibehalten so wird nicht nur die Verantwortung, sondern der Ruin aller, auch solcher Völker die Folge sein, die noch glauben, sich auf der Insel der Seligen isolieren zu können.

Es scheint Europa nicht zu genügen, die wirtschaftliche Vorherrschaft der Welt verloren zu haben. Während in anderen Räumen Entscheidungen heranreifen, die die politische und wirtschaftliche Struktur unseres Planeten grundlegend verändern können. Während im Fernen Osten (China, Japan, Indien, Mittelamerika) weit über eine Milliarde Menschen in Bewegung gerät, versinkt Europa immer mehr in kleinasiatische Zustände. Ich kann nicht daran glauben, daß die weiße Rasse, die heute noch in enger Zusammenarbeit geistige Höchstleistungen vollbringt, keine Einigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet herbeiführen soll. Dies wird aber eintreten, wenn der heutige Zustand des Mißtrauens, der wirtschaftlichen Zerrüttung und der politischen Diktate fortgesetzt wird.

Frankreich hat kein Pfandrecht am Saargebiet. Der Aufhebung des „Intransigent“, daß Frankreich für die nichtbezahlten deutschen Schulden Pfandrechte am Saargebiet geltend machen werde, wird an Berliner zuständiger Stelle entgegengehalten, daß Frankreich für diese Ansprüche nicht einmal aus dem Versailler Vertrag irgendwelche Rechte herleiten könne. Frankreich habe keinerlei formell-juristische Möglichkeiten, über das Saargebiet zu verfügen.

Badisches Landestheater

Neu einstudiert:
Die Heirat wider Willen
von Molière.

Übersetzt von Otto von Hofmannsthal
Musik von Einar Nilson.
Hierauf:

Der Misanthrop

Schauspiel in fünf Akten von Molière, in deutschen Versen von Ludwig Fulda.

In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Den Auftakt des Molière-Abends im Badischen Landestheater bildete die belanglose Farce „Die Heirat wider Willen“ (1664), mit der der Dichter keine hohen Weisheiten und keine tiefen Erkenntnisse verkündet, sondern nur sein dankbares Publikum zum Lachen bringen will. Dazu dient ihm sowohl die Anekdoten von dem alten Junggesellen, der zu der zuerst töricht gewünscht, dann aber mit Recht gefürchteten Heirat gezwungen wird, als auch die Karikatur der pedantischen Gelehrten, seien es geschwätzig-wortklaubende Aristokraten oder skeptisch unentschiedene Puritaner.

Der Aufführungsrahmen war gefällig, die Darstellung mit Paul Müller als heiratendem Junggesellen Sganarell lebendig, so daß der von Molière erstrebte Zweck voll eintretet.

Darauf folgte „Der Misanthrop“ (1666), jene Komödie Molières, die am häufigsten von der Kritik verkannt wurde. Die beiden bedeutendsten Interpreten, Rousseau wie Goethe, erkennen in dem Titelkollenträger Alceste den „wahrhaftigen Ehrenmann“ (Rousseau) und den „reinen Menschen“. Damit wird aber entweder der Dichter mit Recht beschuldigt, ein solches menschliches Vorbild der Lächerlichkeit preiszugeben, oder das Lustspiel wird zur Tragödie. Molière aber, wenn er auch sicherlich Unaufrichtigkeit in allen Formen haßte, und manche eigene bittere Erfahrung in Alceste-Célimène gestaltete, hatte doch eine zu klare Vorstellung von der Realität und der menschlichen Natur mit ihrer gesellschaftlichen Gebundenheit, darin gründet ja sein pessimistisches Lebens-

Die Krise der Reparationen

Borah gegen Laval

Der amerikanische Senator Borah veröffentlicht folgende Erklärung:

Der einzige sogenannte konkrete Vorschlag, der in dieser Woche aus den Verhandlungen in Europa hervorgegangen ist, besteht in der Verlängerung des internationalen Moratoriums. Dieser Vorschlag imponiert mir nicht; er bedeutet weder Erleichterung noch Erholung. Unter den bestehenden Verhältnissen bedeutet ein Moratorium einen Aufschub der Operation, bis der Patient so schwach ist, daß er sie nicht überleben kann.

Gerriot bedauert, daß es die Vereinigten Staaten ablehnen, an Frankreichs Seite zu treten. Wenn Frankreich ein Programm bieten würde, das uns eine bessere Zukunft, den Wiederaufbau Europas und die wirtschaftliche Erholung der Welt in Aussicht stellt, so würde er die Vereinigten Staaten außerordentlich interessiert finden. Amerika hat von Beginn des Weltkriegs an nie gezögert, zu helfen, wenn es sich um wirtschaftliche Hilfe für Europa handelte; aber welche Ermüdung besteht für Amerika nach Laval's Rede vom letzten Mittwoch, sich für Europa zu interessieren?

Laval stellte drei Forderungen auf: 1. die Unantastbarkeit und volle Bezahlung der Reparationen, 2. verlangte er, daß die Friedensverträge das geheiligte Statut Europas sein und bleiben sollten, 3. lehnte er die Abrüstung solange ab, bis die Nationen einen Sicherheitspakt zur Verteidigung dieser Friedensverträge abschließen. Was nützt bei einem derartigen Programm ein Moratorium; wie kann dadurch irgend jemand geholfen werden, und warum sollte Amerika an derartigen Vorschlägen irgendwelches Interesse haben?

Deutschland hat mehr bezahlt als Frankreichs Wiederaufbau kostet

Das „Journal de Genève“ nimmt in einem Leitartikel zu den Besprechungen Stellung, die von den verschiedenen Stellen über die bisherigen Reparationszahlungen Deutschlands angestellt worden sind, und kommt nach vorsichtiger Prüfung zu dem Schluß, daß die Leistungen Deutschlands die französischen Wiederaufbaukosten erheblich übersteigen.

Es sei kein Zweifel, daß Deutschland eine Summe von ungefähr 135 Milliarden franz. Franken an Reparationen bezahlt habe. Das Blatt hält die von dem Institute of Economic in New York beigebrachten Ziffern — 38½ Milliarden Reichsmark — für am genauesten. Zum Schluß bemerkt das Blatt: Wenn die Reparationszahlungen wirklich nur für den „Wiederaufbau“ aufgebracht worden wären, und nicht auch für alle möglichen anderen Dinge, namentlich für Kriegspensionen solcher Länder, die moralisch keinen Anspruch darauf haben, dann wäre der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens durch die deutschen Zahlungen längst und vollständig gedeckt.

Englische Stimmen zum Reparationsproblem

W.D. London, 25. Jan. (Tel.) „Reichs Chronicle“ erinnert daran, daß heute eigentlich die Konferenz in Lausanne beginnen sollte und schreibt: Die Verzögerung ist zu gefährlich, als daß man sie lange dauern lassen dürfte. Wenn die britische Regierung Frankreich nicht zur Beteiligung an einer gemeinsamen Konferenz bringen kann, dann sollte sie in Paris und Berlin eine endgültige Reparationsvereinbarung vorschlagen, die nach ihrer Meinung Deutschlands Zahlungsfähigkeit entspricht.

„Times“ erklärt: In den nächsten Wochen wird sich wahrscheinlich mehr nicht erreichen lassen, als eine vorläufige Vereinbarung über die Reparationsfrage; sei es auf einer Konferenz, sei es auf einem anderen Wege. Deutschland kann nur unter zwei Bedingungen seine Zahlungsfähigkeit zurückgewinnen: Einmal muß Deutschland für einen beträchtlichen Zeitraum von allen Reparationszahlungen völlig befreit werden und zum anderen müssen seine abschließenden Verpflichtungen unverzüglich auf eine Ziffer herabgesetzt werden, die keinerlei Zweifel daran läßt, daß Deutschland sie auch tatsächlich bezahlen kann. In den weiteren Ausführungen des Blattes wird noch darüber geklagt, daß für die nächste Zukunft die Haltung der französischen Kammer keine Aussicht auf einen beachtenswerten Fortschritt übrig lasse.

Caillaux für Zugeständnisse

W.D. Paris, 25. Jan. (Tel.) „Deuxre“ veröffentlicht einen Artikel des Senators Caillaux über die Reparationsfrage. Er erklärt, die Welt könne nur durch Streichung der Schulden von Volk zu Volk aus der Sackgasse herauskommen. Damit die Engländer erfolgreich in Washington plädieren könnten, würden sie wahrscheinlich von Frankreich verlangen, daß es auf seinen Reparationsüberschuß nach dem Young-Plan verzichte. Frankreich habe die Möglichkeit, dies abzu-

gefühlt — um einen hemmungslosen egozentrischen Fanatiker zum Vorbild zu machen. Auch Alceste gehört in die komische Galerie, die wir Molières unbedingtem Scharfbild verdanken. (Überaus klar hat der Freiburger Romanist Hanns Deiß dies dargelegt, in seinem geistvollen und kenntnisreichen Buche „Molière“ 1929.) Weit eher entspricht sein den sozialen und natürlichen Gegebenheiten Rechnung tragender Freund Philinte, wenn auch nicht dem Ideale, so doch den Forderungen, die man billigerweise an die Menschen stellen kann und muß.

Je nach der Interpretation des Wertes muß sich natürlich auch die Darstellung gestalten. Es scheint nicht, daß Felix Baumbach sich endgültig entschieden hätte, wenigstens ließ die Darstellung des Alceste und des Philinte keine eindeutige Entscheidung erkennen.

Karl Rudolf Schulze's Philinte war überaus sympathisch angelegt und offenbarte sich in leis ironischer Überlegenheit gegenüber den tobenden Hornesausbrüchen Alceste's. Seine besonnene Darstellung war also aus dem innersten Sinn der Komödie erwachsen.

Stefan Dahlens Gestaltungskraft hatte den Alceste so sehr verinnerlicht, daß mehr das Tragische der Erscheinung als das Komische zum Ausdruck kam. Damit hatte Dahlen wohl seine große darstellerische Kunst erneut erwiesen und der Auffassung der meisten kritischen Interpreten entsprochen, aber nicht jener Auffassung von Alceste als komischem Typ, wie ich sie oben skizziert habe. Die Gesamtaufführung zeigte daher einen inneren Widerspruch.

Trotzdem aber stand sie auf beachtlicher Höhe und hinterließ einen nachhaltigen Eindruck, der für die sorgsame Vorbereitung Zeugnis ablegte. Fortan bestet hatte wie für „Die Heirat wider Willen“ auch für den „Misanthrop“ den Bühnenrahmen geschaffen. Für den Einakter den dem Mutter der commedia dell'arte ein farbigeres Barockbild, worin vor den Seiten und Hintergrund abgrenzenden Einzelhäusern auf neutralem Boden die Kassenjungen vor sich gingen. Für die große Komödie ein dunkler gehaltenes Zimmerinterieur, dessen Hinterwand der von dem Klassizismus (Palladio) übernommenen scenae frons des antiken Theaters entsprach. Die formen- und farbenreichen Gewänder beider In-

lehnen. Das Recht siehe auf seiner Seite. Aber man müsse auch auf das Leben Rücksicht nehmen. Das Interesse Frankreichs, verbunden mit dem Interesse Europas, lege Kompromißformeln nahe. Diese müßten allerdings eine vernünftige Entscheidung für das Zugeständnis enthalten, das Frankreich bringen würde. Caillaux sieht diese Gegenleistung in Form eines Wirtschaftsvertrages.

Das verlängerte Stillhalteabkommen

Um ein weiteres Jahr

Nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldnerausschusses ist ein als „Deutsches Kreditabkommen 1932“ bezeichnetes Abkommen zustande gekommen, das die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankengläubigern und den privaten Schuldnern kurzfristiger Kredite im Sinne einer Aufrechterhaltung dieser Kredite für ein weiteres Jahr regelt. Die Ausländer haben an den Abschluß die Voraussetzung geknüpft, daß die deutsche Gesetzgebung die Durchführung des Abkommens in bisheriger Weise sichert. Andernfalls kann das Abkommen durch Beschluß der Mehrheit der vertretenen Forderungen vorzeitig beendet werden. Dies ist auch möglich, falls der internationale Kredit für die Reichsbank nicht erneuert wird. Das Abkommen bezieht sich auf alle kurzfristigen ausländischen Verbindlichkeiten deutscher Banken, Handels- und Industrieunternehmen, und zwar auch auf die erst nach dem 1. März 1932 während der Dauer des neuen Abkommens fällig werdenden Verbindlichkeiten. Das Abkommen endigt automatisch im Falle der Erklärung eines deutschen Auslandsmoratoriums.

Jeder Gläubiger darf am 1. März die gesamten zugesagten Kredite im Rahmen der ungenutzten Kreditlinien um 10 v. H. kürzen. Zur technischen Durchführung dieser Bestimmung wird die Golddiskontbank eingeschaltet. Aber eine weitere Rückführung der Kredite, die teilweise in bar stattfinden wird, ist eine feste Bestimmung nicht getroffen. Eine Verpflichtung der Reichsbank zur Bereitstellung von Devisen ist nicht vorgesehen, wohl aber eine etwaige Erklärung der Reichsbank, daß die Aufbringung der nach dem Abkommen erforderlichen Devisen ihren Status gefährden könnte. Hierdurch ist eine etwaige Notifizierung des Abkommens möglich.

Zur Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige Kapitalanlagen kann der Gläubiger auch den Reichsmarkbetrag seiner am 20. Februar ausstehenden ungesicherten Kautalassenzkredite, sowie der während der Laufzeit des Abkommens fällig werdenden älteren gleichartigen Kredite entweder für mindestens fünf Jahre hypothetisch festlegen oder Wertpapiere irgendeiner Art kaufen oder unter Aufsicht der Reichsbank gespart werden oder schließlich Grundbesitz und dergleichen mit entsprechender Sperrfrist erwerben.

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der wesentlichen technischen Bestimmungen des neuen Abkommens, das auf ein Jahr befristet ist, wird ein ausführlicher Bericht der ausländischen Gläubiger der Öffentlichkeit übergeben. Dieser stellt zugleich ein Gutachten über die deutsche finanzielle Lage bzw. die Leistungen, die Deutschland bisher erbracht hat, dar. Das Gutachten der Gläubiger betont, daß sie alles aufbieten hätten, um dafür zu sorgen, daß die nächsten zwölf Monate über Deutschland eine Periode der Erholung gewährleistet und stellt ferner ausdrücklich fest, daß der Ausschluß eines tiefen Einbruchs von den überaus großen Anstrengungen und Opfern gewonnen habe, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf sich nehmen, um ihre Stellung unter den dagewesenen Schwierigkeiten zu behaupten. Wenn der Bericht zum Schluß darauf hinweist, daß alle Bemühnisse für die Entwicklung aller Wiederaufbaukräfte des deutschen Wirtschaftskörpers befristet werden müssen, und betont, daß dies nicht ohne positives Handeln der Regierungen und Völker auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit eintreten kann, und wie die beiden Basel'ser Ausschüsse dringend gefordert haben, keine Zeit zu verlieren, so stellt auch dieses Gutachten eine dringende Mahnung an alle politischen Kreise der Welt dar, besonders an Frankreich, das heute noch als einziges Hemmnis für die Beseitigung der Weltwirtschaftskrise angesehen werden muß.

Politische Zusammenstöße. Zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden kam es am Sonntag in Berlin zu einem Zusammenstoß, wobei ein 16jähriger Nationalsozialist durch Messerstiche tödlich verletzt wurde. — Die Erziehung des Nationalsozialisten Guse in Essen ist nunmehr aufgelöst. Als in der Mauerstraße Schüsse fielen, glaubten die Nationalsozialisten, daß sie ihnen gelten und erwiderten das Feuer, wobei Guse von einem Parteigenossen durch Mordanschlag getötet wurde.

Ingenieurungen waren wie immer geschmackvoll von Margarete Schellenberg entworfen.

Felix Baumbach hatte die Komik der Einzeldarstellung Hug gedämpft, um den Widerspruch zu der Hauptrolle nicht zu stark werden zu lassen und hatte gerade dadurch eine große Vertiefung und Erinnerungswürde erreicht. Vielleicht hätte er nur Friedrich Ritter als Marquis Citardier etwas mehr in seiner burlesken Dämmlingsfigur jügeln sollen, wie ja auch dessen Partner, Paul Müller, als Alceste, sich weit mehr zurückhielt.

Ganz ausgezeichnet wirkte Lisa Erwig als Célimène, die sich mit lebendiger Frische und geistvollem Witz als entzückende, jeder Situation gewachsene Kokette offenbarte. Ihrer heuchlerisch-tugendvollen alltäglichen Gegenspielerin Arinoc wurde Melanie Ermarth in gewohnter Trefflichkeit ohne Übertreibung gerecht. Elisabeth Bertram war als Eliante vielleicht eine Ruanee zu weich und hingebend, als daß sie deren innerliche Freiheit gegenüber Alceste klar in Erscheinung hätte treten lassen. Köstlich grotesk wirkte Karl Wehner als Diener Dubois.

Mit Recht dankte zum Schluß das zahlreich erschienene Publikum den Einzeldarstellern und dem Spielleiter durch reichen Beifall. Prof. Dr. Karl Voll.

Drohende Einschränkungen der bayerischen Staatstheater. Für das Jahr 1932 wird man in München mit wesentlichen Einschränkungen der Aufwendungen für die bayerischen Staatstheater rechnen müssen. Im Laufe des Jahres ist mit der Schließung des Prinzregenten-Theaters zu rechnen. Wie die Blätter melden, denkt man daran, das Prinzregenten-Theater vom Herbst d. J. an vollkommen zu schließen. Festspiele sollen auch in diesem Sommer wieder im Prinzregenten-Theater stattfinden, obwohl durch die vorjährigen Festspiele die Kosten nur knapp gedeckt werden konnten. Das Kultusministerium erklärt, noch nicht in der Lage zu sein, sich sachlich hierzu zu äußern, da auch der zweite Vertragspartner, nämlich die Stadtgemeinde München, erst Gelegenheit haben müsse, hierzu Stellung zu nehmen. Demnach dürfte wohl, wenn nicht im letzten Augenblick sich noch andere Möglichkeiten ergeben, mit der Schließung des Prinzregenten-Theaters bestimmt zu rechnen sein.

Aus der Antwort Brünings an Hitler

Die politischen Argumente Hitlers

In der Antwort der Reichsregierung an Hitler heißt es zu dessen allgemeinen politischen Argumenten:

„Ihre politischen Argumente muß ich als unrichtig zurückweisen, während meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten diktiert war, halten Sie mir eine ausschließlich von Ihren parteipolitischen nationalsozialistischen Gesichtspunkten geleitete, in allgemeinen Wendungen sich ergebende Darstellung der deutschen Nachkriegsentwicklung entgegen. Diese Darstellung geht an den wichtigsten Vorgängen dieser Zeit vorbei.“

Sie führen die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurück. Nach fast allgemeiner Auffassung ist der Versailles Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft der entscheidende Grund unserer heutigen Not und zum großen Teil auch der Weltnot. Alle deutschen Wiederaufbauversuche wurden dadurch immer wieder gestört, die deutsche Währung erschüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht. Wenn das Reich gerettet wurde, so ist das nur geschehen durch das Zusammengehen aller deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Parteien.

Auch eine Reichsregierung, die eine Ihrer Auffassung entsprechende Zusammenfassung hätte, müßte auf dem Wege weiterzuführen, der von mir geleitetes Regierung durch eben diese Tatsachen aufgedeckt worden ist. Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Befestigung des „herrschenden Systems“ als einen außenpolitischen Gewinn bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Besserung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird. Sie werden aber nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihre Unterhändler steht.

Wenn Sie zum Schluß meine Fühlungnahme mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, jahrelang verfeimten Partei vom Gesichtspunkt der Moral aus beanstanden, so kann ich Ihnen nur erwidern, daß es nicht das erste Mal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme besprach, und daß es andererseits für mich von selbst verstand, daß ich mich in einer die ganze Nation tief bewegenden Frage auch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unmittelbar in Verbindung setzte.“

Die Durchführung der Notverordnung

Keine Fristverlängerung bei Mietsenkungen

Bekanntlich sollten nach den Bestimmungen über die Mietsenkung die Vermieter bis zum 25. Januar d. J. ihren Mietern eine endgültige Mitteilung über die neuen Mieten machen. Nun wird in einer Reihe von Fällen die endgültige Mitteilung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sein, weil noch verschiedene Vorfragen zu erklären sind. Das gilt vor allem für Neubauten, wo das Ausmaß der Mietsenkung noch nicht überall voll zu übersehen ist. Die Reichsregierung hat trotzdem die genannte Frist nicht verlängert, um zu vermeiden, daß die endgültige Mitteilung weiter als unbedingt erforderlich hinausgeschoben wird. Zwar ist der Mieter vor Rechtsnachteilen geschützt, wenn er infolge des Fehlens der endgültigen Benachrichtigung seine Miete nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt. Dies bedeutet aber keineswegs, daß der Mieter von der Verpflichtung zur Mietzahlung in diesen Fällen überhaupt befreit ist.

Aus der Arbeit des Preiskommissars

Für Nähmaschinen bestehen die Mindestpreise weiter. Sie haben entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung eine Senkung um 10 Prozent erfahren. In weiteren Verhandlungen mit dem Nähmaschinenhandel wird geprüft werden, ob die Preiserhöhungen, die an den Einkaufspreisen des Handels vorgekommen sind, von diesen an die Konsumenten weitergegeben worden sind.

Die Höchstpreise für Fahrräder sind Anfang Januar 1932 aufgehoben worden. Die effektiven Preise liegen zur Zeit unter den auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bereits um 10 Prozent gesenkten Listenpreisen.

Vollkommene Ruhe an der Berliner Universität

20. Berlin, 25. Jan. (Riv.-Tel.) An der Berliner Universität, die am Freitag und Samstag wegen politischer Demonstrationen innerhalb des Gebäudekomplexes geschlossen war, wurde heute früh der volle Lehrbetrieb wieder aufgenommen. Die große Bank um 11 Uhr, in der gewöhnlich die Studenten der Korporationen abgehalten werden und die besonders den Anlaß zu den Schlägereien gegeben haben, ist vollkommen ruhig verlaufen. Zu der ruhigen Haltung hat ein allgemein beachteter Aufruf des Rektors, Geheimrats Lüders, beigetragen, der die Studenten eindringlich zur Ruhe ermahnt und anfügt, daß gegen die Störenfriede mit unmissverständlich strenger Vorgegangen werden soll.

Kleine Chronik

Aus seinem Geburtsort Ebersbach entflohen ein fünfzehnjähriger Junge. Dieser Tage kam er über die deutsche Grenze, ausgehungert, mittellos, abgerissen. Nach seiner Angabe war er nach seiner Flucht bei Weisenburg über die französische Grenze gegangen, hatte sich in die Fremdenlegation aufnehmen lassen. Er war trotz seiner Jugend in bezug auf das Infanterieregiment eingereiht worden. Da er aber die furchtbaren Strapazen nicht aushielte, wurde er entlassen und nach Deutschland abgehoben.

An der Christuskirche in Dresden-Strehlen wurden Sonntag früh sämtliche Fensterverriegelungen durch Steinwürfe zerstört. Die beiden Täter, die bei ihrer Vernehmung angaben, linksrheinischen Ideen zu haben, konnten festgenommen werden.

Im Zuchthaus von Dartmoor (England) unternahm etwa 400 Insassen heute früh beim Kirchgang einen Ausbruchversuch. Mit Hilfe eines großen aufgehobenen Polizeiwagens wurde der Aufruhr unterdrückt. Dabei wurden 20 Strafgefangene derart verletzt, daß sie in das Zuchthauslazarett eingeliefert werden mußten. Nach weiteren Meldungen ist der Aufruhr sehr ernst gewesen. Pressephotographen, die von einem Flugzeug aus aufgenommen wurden, zeigen, daß das ganze zweistöckige Hauptgebäude, dessen Fassade eine Front von zwölf Fenstern hatte, mit samt seinem Glockenturm vollständig verbrannt ist.

In Brixen kam es am Sonntag zu einem Sturm auf die Kaserne, weil zwei bei einer antifaschistischen Demonstration mitmarschierende Soldaten eine Arreststrafe erhielten. Vier kommunistische Demonstranten wurden durch die in der Kaserne postierte Polizei verhaftet.

Badischer Teil

Aus dem Badischen Landtag

Die badische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie hat einen Antrag im Landtag eingebracht, der im Interesse der Erhaltung des Kleinwohnungs-Neubauschickes und einer weiteren Senkung der Neubaumieten beantragt, den Zinsfuß für Baudarlehen aus Mitteln der Gebäudesondersteuer von 3 auf 1 Prozent herabzusetzen, die Steuerfreiheit und die Steuerfälligkeit der Darlehensschuld bei allen mit öffentlichen Mitteln seit 1924 geförderten Wohnhäuser einseitlich auf 15 Jahre festzusetzen, unverschuldet in Gefahr geratene Neubauschick, deren Besitz zwangsversteigert werden soll, zur Vermeidung der Zwangsversteigerung und Vermögensverflechtung die Zwangsverwaltung mit dem Ziel anzunehmen, dem Besitzer das Eigentum zu erhalten. Weiter wird ab 1. April eine weitere Senkung der Altsbaumieten gefordert und die Prüfung, ob die Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden zu einer Gefahrengemeinschaft zusammengeschlossen werden können.

Oberbadische Milchzentralgenossenschaft e. G. m. b. H. Radolfzell

Die von der Oberbadischen Milchzentralgenossenschaft e. G. m. b. H., Radolfzell, auf Samstag einberufene ordentliche Generalversammlung hatte einen sehr guten Verlauf aus dem ganzen Milchbezugsgebiet Bodensees-Schwarzwald aufzuweisen. Die Tagesordnung wurde genehmigt.

Im Mittelpunkt der Tagung stand — wie uns geschrieben wird — die vielumstrittene Frage des Reichsmilchgesetzes. Regierungsrat Dr. Baber, Karlsruhe, der zuständige Bearbeiter des Reichsmilchgesetzes beim badischen Innenministerium behandelte in längeren Erörterungen den Zweck dieses Gesetzes und im Anschluß daran den Zusammenschlußzwang, wie ihn der § 38 vorsieht. Die trefflichen, klaren, bis in die Einzelheiten gehenden Ausführungen fanden einhellige Zustimmung. Die bereits bei der Oberbadischen Milchzentralgenossenschaft e. G. m. b. H. organisierten Landwirte hörten mit großer Befriedigung, daß man von Regierungseite aus diesen vielumstrittenen Fragen größte Bedeutung beimißt. Den Ausführungen schloß sich eine lebhafte, zustimmende Aussprache an. Es kam der Regierung gegenüber eindeutig das Verlangen zum Ausdruck, daß die im Reichsmilchgesetz enthaltenen Bestimmungen, die allein eine auf die Dauer noch einigermaßen rentable Milchproduktion gewährleisten, mit allem Nachdruck und möglicher Beschleunigung zur Durchführung kommen sollen. Als Ergebnis dieser Diskussion wurde eine Entschließung einstimmig gefaßt, in der es heißt:

„Die versammelten 500 Landwirte mißbilligen einstimmig die durch die Außenleiter und Milchhändler getätigte ungeschickte Gegenarbeit gegen die Einführung des § 38 des Reichsmilchgesetzes. Die Anwendung des § 38 allein schafft jene Verhältnisse, die eine nützbringende Erzeugung von Milch auf lange Sicht gefährden. Ohne diese Regelung ist zu befürchten, daß in kurzer Zeit die Milchpreise auf das Wertminderungsmaß herabgesunken, was ungeheure Schäden für Oberbadische Landwirtschaft bedeuten, ja sogar die Milchherzeugung geradezu in Frage stellen würde. Die anwesenden Landwirte protestieren aber besonders gegen die Art und Weise, in der diese Auseinandersetzungen seitens der Außenleiter geführt wurden, und bei denen grobe Unwahrheiten und Verdrehungen, ja sogar Bedrohungen und Gewalt in nie dagewesener Weise angewandt worden sind. Sie bitten das badische Innenministerium dringend, dort, wo die Verunstaltung zur freiwilligen Regelung fehlt, den § 38 nunmehr mit größter Beschleunigung durchzuführen.“

Aus der badischen Industrie

Noch keine Lohnreduzierung in der Textilindustrie. Der Arbeitgeberverband der badischen Textilindustrie hat nach offiziellen Mitteilungen des Landesfachleiters den am 18. Januar in dem Lohnstreik der badischen Textilindustrie gefällten Schiedsspruch, der eine Zurückführung der Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 vorsieht, abgelehnt. Die Gewerkschaften dagegen haben ihn angenommen und gleichzeitig die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsgericht beantragt. Die Verhandlungen mit der obersten Instanz werden in Wäde aufgenommen.

Abhörungen in Buggingen zurückgestellt. In dem Bugginger, bekanntlich dem Birkbach-Konzern zugehörigen Kalwerl, an dem auch der badische Staat beteiligt ist, hatte man nach guten Erfolgen in mitteldeutschen Kalibergwerken damit begonnen, auf der 800-Meter-Tiefe nach Öl zu bohren. Infolge der schlechten Wirtschaftslage sind diese Bohrungen jedoch zurückgestellt worden.

Der Streik bei Billiger Söhne beendet. Der Streik bei der Stumpenfabrik Billiger Söhne in Friesen, der von der revolutionären Gewerkschaftsopposition angezettelt worden war, ist beendet worden.

Aus der Landeshauptstadt

Bürgersteuer. Um die Härten zu mildern, welche bei Innehaltung der jetzigen Zahlungsstermine für Kurzarbeiter entstehen, ist der Stadtrat Karlsruhe mit dem Deutschen Städtebund in Verbindung getreten. Als vorbereitende Maßnahme wird beschlossen, für Kurzarbeiter den am 24. Januar fälligen zweiten Zahlungstermin ausfallen zu lassen.

Kaplan Fehsel über Konnersreuth. Statt wie erst angekündigt, vom kultur- und religionsphilosophischen Standpunkt „Reaktion und Fortschritt“ zu behandeln, ein Vortrag, der zweifellos bei einem so betamten und gewandten Redner auch große Beachtung gefunden hätte, griff Kaplan Fehsel lieber auf ein älteres und hier von ihm schon einmal erörtertes Thema zurück. Aber obgleich in seinem Referat „Das Wunder von Konnersreuth“ kaum viel Neues geboten werden konnte, so festelten doch die zweifelhafte Ausführungen im überfüllten Konzerthaus wiederum, weil sie — mag man ihnen widersprechen oder zustimmen — jedenfalls nicht gleichgültig liegen. Ein Phänomen wie Therese Neumann ist eben stets unbegreifbar, und wenn auch der Vortragende zur Begründung seiner persönlichen Auffassung fast alle ähnlich in Betracht kommenden Vorgänge aus der Geschichte der christlichen Mystik heranzog und die Visionen der Stigmatisierten ganz im Sinne der katholischen Religion zu erklären suchte, so besagte selbst solche Einordnung der früher eingehend geschilderten Fakten in ein großes weltanschauliches System, nichts über deren wirkliche Existenz. Aber man konnte ihm immerhin beifügen, als er mit Nachdruck sich dabei gegen den Vorwurf der Selbsterei oder des Okkultismus wandte, womit allerdings für eine letzte Deutung in der Richtung der exakten Wissenschaft abermals nichts Entscheidendes gesagt wurde. Gleichwohl mußte es auch dem mit manchen Vorurteilen Bekannteren imponieren, wie Kaplan Fehsel trotz alledem einen möglichst objektiven Tatsachenbericht zu geben sich bemühte.

Die Rathauskloster kommt vor das Reichsgericht. Wie der „Führer“ meldet, haben die wegen der Vorgänge im Karlsruher Rathaus im Sommer v. J. verurteilten Nationalsozialisten Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Lichtstreit in Karlsruhe. Auch für die Stadt Karlsruhe ist ein Lichtstreit der Geschäfte proklamiert worden, weil die dem Bürgerausschuß vorgeschlagene Senkung der Strompreise für ungenügend bezeichnet wird. Die Absicht des Lichtstreiks geht vom Karlsruher Einzelhandel aus. Da sich auch die Warenhäuser mit ihrer Lichtreklame angeschlossen haben, machten die Straßen am Sonntagabend einen ungewohnt düsteren Eindruck.

Badisches Landesbühnen. Da Generalmusikdirektor Krips an einer Angina erkrankt ist, ist die für den 31. Januar vorgesehene Johann-Strauß-Morgenfeier einstweilen abgelehnt worden. Sie wird an einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen. Die Hochdruckwetterlage hält noch immer an. Am Sonntag trat auch in tiefen Lagen Aufheiterung infolge Auflösung der Hochnebeldecke ein. Heute nacht hatten die Nebelungen stellenweise wieder stärkere Nebelbildung und Nachreif. Der Hochschwarzwald behielt das milde Wetter mit Unpennicht. Anzeichen für eine bevorstehende Abänderung der Wetterlage sind noch nicht vorhanden. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

11. Heidelberg, 23. Jan. Nach einer Schweizer Pressemeldung fand am 15. Januar vor einem Schweizer Gericht die Verhandlung gegen den ehemaligen Direktor der Wohnungsbaugesellschaft m. b. H. Heidelberg, Paul Müller, statt, der bekanntlich zu Beginn des Monats September 1930 unmittelfach vor dem Zusammenbruch der Gesellschaft nach der Schweiz geflüchtet war. Er wurde wegen leichsinnigen Bankrotts zu 6 Monaten unbedingten Gefängnis verurteilt. Wegen Untreue hatte er sich nicht zu verantworten, da in der Schweiz ein diesbezüglicher Privatstrafantrag hätte gestellt werden müssen. Nach dieser Rechtslage ergibt sich, daß das Verfahren wegen Untreue in Deutschland weiter in der Schwebe bleibt. Müller hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt.

12. Freiburg, 23. Jan. In einer Sitzung der Freiburger Notgemeinschaft für Winterhilfe wurde mitgeteilt, daß der Wert der Sachsammlungen sich auf 51 300 RM. beläuft. In den umliegenden Gemeinden wurden 1500 Zentner Lebensmittel gesammelt im Werte von über 6000 RM. Die Lokalvereine sammelten für rund 46 000 RM. Durch Veranstaltungen gingen rund 2500 RM. ein, so daß nun der Gesamtwert der Sammlungen auf über 100 000 RM. beläuft.

13. Rheinfelden, 23. Jan. Am 21. Januar feierte Direktor Friedrich Jung, der kaufmännische Leiter der Deutschen Gold- und Silberseideanstalt, vorm. Koecher, Frankfurt a. M., sein 60. Geburtstag, seinen 60. Geburtstag. Seit 1898 steht der Jubilar im Dienste der Deutschen Gold- und Silberseideanstalt. Als 26-Jähriger übernahm er 1898 die kaufmännische Leitung des Werkes Rheinfelden (Baden).

14. Bafel, 23. Jan. Die Deutsche Kolonie in Bafel veranstaltet am 7. Februar ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Winterhilfe der badischen Grenzgemeinden. Es werden dabei mit der Deutsche Liederkreis in Bafel und die Reichswehrkapelle Donaueschingen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	25. Januar		23. Januar	
	Geb.	Brst.	Geb.	Brst.
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	79.22	79.38	79.22	79.38
Italien 100 L.	21.08	21.14	21.08	21.12
London 1 Pf.	14.38	14.42	14.38	14.42
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.57	16.61	16.57	16.61
Schweiz 100 Fr.	82.10	82.26	82.09	82.26
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Großhandelsindexziffer betrug am 20. Januar 100,67. Sie ist gegen die Vorwoche um 0,7 Prozent gesunken.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeihauptwachmeister Willi Herat in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister; die Polizeiaffizienten Friedrich Strauß beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim und Karl Nöcker beim Bezirksamt — Polizeidirektion — in Freiburg zu Polizeisekretären.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:

Oberrechnungsrat Hermann Dreher bei der Bad. Gebäudeversicherungsanstalt.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Professor Karl Tull am Gymnasium in Karlsruhe; Oberlehrer Karl Wilmann in Sasbachwalden; Hauptlehrer Andreas Mattes in Mannheim; Hauptlehrerin Maria Rent an der Mädchenrealschule in Freiburg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Professor Dr. Othmar Meisinger an der Mädchenrealschule in Heidelberg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Rektor Julius Schwab in Weingarten; Hauptlehrerin Rosa Kammerer an der Fichteschule in Karlsruhe.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Oberlehrer Friedrich Gomer in Söllingen; Oberlehrer Eduard Hofmann in Hombrücken; Hauptlehrer Oskar Braun in Emmendingen; Hauptlehrer Franz Kestler in St. Blasien; Hauptlehrer Georg Maner in Karlsruhe; Hauptlehrer Albert Pieske in Rixzell; Hauptlehrer Philipp Wöhner in Nehl; Hauptlehrer Wilhelm Nible in Wögingen; Hauptlehrer Franz Wächter in Willingen.

Zentralhandelsregister für Baden

Baden-Baden. B.555
Handelsregister eintrag
Abt. A.
Vd. III D.-Z. 43, Firma
Engels & Co. in Baden-
Baden: Die Gesellschaft ist
aufgelöst, die Firma er-
loschen.

Vd. III D.-Z. 99, Firma
Gawron & Schott,
Automobilvertrieb in Ba-
den-Baden. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst, die Fir-
ma erloschen.

Vd. II D.-Z. 535, Firma
Josef Schmitt in Baden-
Baden. Die Firma ist er-
loschen.

Vd. I D.-Z. 140, Firma
Luise Grieb-Steiner in
Baden-Baden. Die Firma
ist erloschen.

Vd. II D.-Z. 557, Firma
Wilhelm Michaels, Im-
mobilienbüro und Kunst-
handlung in Baden-Baden.
Die Firma ist erloschen.

Vd. III D.-Z. 67, Firma
**Dampfzylinderwerk Ein-
heim Kimmig & Co.** in
Einheim. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst, die Fir-
ma und die Prokura des
Leopold Kimmig sind er-
loschen.

Vd. III D.-Z. 94, Firma
Hans Günther in Ba-
den-Baden. Die Firma ist
erloschen.

Vd. II D.-Z. 444, Firma
Luise und P. Sonderegger
in Baden-Baden. Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst, die
Firma erloschen.

Vd. III D.-Z. 86, Firma
Verbandsgesellschaft „Causa“
Josef Gügel in Baden-
Baden. Die Firma ist er-
loschen.

Vd. I D.-Z. 103, Firma
G. Spieß in Baden-Baden.
Die Firma ist erloschen.

Vd. III D.-Z. 123, Firma
Vierhandlung Göpper,
Inh. Anna Göpper in Ba-
den-Baden. Die Firma
und die Prokura des Max
Göpper sind erloschen.

Vd. II D.-Z. 320, Firma
Julius Rheinboldt in Ba-
den-Baden: Die Firma ist
erloschen.

Baden-Baden, 22. 12. 1931.
Bad. Amtsgericht. I.

Baden-Baden. B.558
Handelsregister eintrag
Abt. B Vd. II D.-Z. 46,
Firma **Fabrik Stolzenberg**
Väroeinrichtungs- Aktien-
gesellschaft in Dos: Durch
Beschluss der außerordent-
lichen Generalversammlung
vom 15. Dezember
1931 wurde die Gesell-
schaft aufgelöst, die Vor-
standsmitglieder Leo Jüsch
und Ludwig Mang abzu-
setzen und Kaufmann
Carl Scheel in Baden-
Baden zum Liquidator be-
stellt.

Baden-Baden, 29. 12. 1931.
Bad. Amtsgericht. I.

Freiburg, Brsg. B.562
Handelsregister
Freiburg i. Br.
A Vd. X D.-Z. 112 bei
Firma **Moriz Linger & L.**
Wurst Nachfolger in Frei-
burg: Die offene Handels-
gesellschaft ist durch das
Ausscheiden des Gesell-
schafters Wilhelm Föhler
aufgelöst; der bisherige
Gesellschafter Ernst Alfred
Schmidt ist jetzt alleiniger
Inhaber der Firma. Am
22. 12. 1931.

A Vd. V D.-Z. 66 bei
Firma **Johann Hilmers,**
Freiburg: Die Prokura
des August Kaiser ist er-
loschen. Am 30. 12. 1931.

A Vd. II D.-Z. 336 bei
Firma **Berthold Falken-
stein** in Freiburg: Inha-
berin ist jetzt Frau Hed-
wig Falkenstein geb. Darn-
bacher in Freiburg als
Herrin der zwischen ihr
und ihrem Sohn Hans
Falkenstein fortgeführten
allgemeinen Gütergemein-
schaft. Am 30. 12. 1931.

B Vd. I D.-Z. 42 bei
Schraubenspindelwerk
Wm. Kromer, Aktiengesell-
schaft in Freiburg: Fabri-
kant Max Kromer junior
ist als Vorstandsmittglied
ausgeschlossen. Am 28. 12.
1931.

B Vd. VII D.-Z. 11:
Pumpenfabrik Leberle,
Gesellschaft mit beschränk-

ter Haftung, mit dem Sitz
in Freiburg. Der Gesell-
schaftsvertrag ist am 22.
Dezember 1931 festgestellt.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist die Herstellung
von Pumpen aller Art
und ähnlichen Waren.
Stammkapital: 20 000
Reichsmark. Die Gesell-
schaft wird durch einen
oder mehrere Geschäfts-
führer vertreten. Jeder
Geschäftsführer ist befug-
t, die Gesellschaft allein zu
vertreten. Geschäftsführer
sind Fabrikant Moriz Le-
berle und Frau Hedwig
Leberle geb. Fähringer in
Freiburg. Bekannt-
machungen der Gesellschaft
erfolgen im Amtsbezirk
Freiburg. Am 29. 12. 1931.

Heidelberg. B.563
Handelsregister Abt. A:
Zur Firma **Joh. Friedr.
Kohrmann** in Heidelberg:
Die Gesellschaft ist aufge-
löst. Der bisherige Ge-
sellschafter August Kohr-
mann ist alleiniger Inha-
ber der Firma. Die Pro-
kura des Fritz Kohrmann
ist erloschen, die Prokura
der Luise Kohrmann
bleibt bestehen.

Zur Firma **J. Morton**
in Heidelberg: Der Sitz
der Gesellschaft ist nach
Niederstainbach i. Oden-
wald verlegt.

Zur Firma **M. & F.
Liedhold** Inh. Michael
& Franz Liedhold in Hei-
delberg: Die Liquidation
ist beendet; die Firma so-
wie die Prokura des Lud-
wig Behinger ist erloschen.

Abt. B: Zur Firma
**Heidelberger Gipsindu-
strie, Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung** in Hei-
delberg: Die Vertretungs-
befugnis des Geschäfts-
führers Karl Ulmer ist
beendet. Ingenieur Hans
Seidenstrider in Sedach
ist zum Geschäftsführer
bestellt. Dessen Prokura
ist erloschen.

Zur Firma **Mertaria
Bauparlasse Gesellschaft**
mit beschränkter Haftung
in Heidelberg: Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom
7. November 1931 ist das
Stammkapital um 20 000
auf 40 000 RM erhöht und
der Gesellschaftsvertrag
dementsprechend in § 3
und ferner in § 8 geän-
dert. Zur Vertretung der
Gesellschaft werden zwei
Geschäftsführer bestellt.
Soweit nicht einem Ge-
schäftsführer die alleinige
Vertretung der Gesell-
schaft ausdrücklich über-
tragen wird, geschieht die
Vertretung durch beide
Geschäftsführer gemein-
sam oder durch einen Ge-
schäftsführer gemeinsam
mit einem Prokuristen.
Hermann Baibel ist als
Geschäftsführer ausge-
schieden. Franz Czada,
Direktor in Heidelberg, ist
als Geschäftsführer be-
stellt. Der Geschäftsführer
Maximilian Ferdinand
Diemer ist zur alleinigen
Vertretung und Zeichnung
berechtigt. Dem Kauf-
mann Emil Becker in
Frankfurt a. M. ist Pro-
kura erteilt. Er vertritt
die Gesellschaft gemeinsam
mit einem Geschäftsführer.

Heidelberg, 30. 12. 1931.
Amtsgericht.

Karlsruhe. B.603
Handelsregister eintrag
1. Sigmund Wertheimer,
Kaufmann, Karlsruhe.
Prokura: Kauf-
mann Sigmund Werthei-
mer Ehefrau, Vertha geb.
Dreifuß, Karlsruhe. (Kreuz-
straße 10.) 12. 1. 32.

2. **Knauch & Kester,**
Karlsruhe. Offene Han-
delsgesellschaft mit Be-
ginn am 1. Januar 1932.
Persönlich haftende Ge-
sellschafter: Ferdinand
Knauch, Geschäftsführer,
Karlsruhe, Georg Kester,
Photograph, Bergheim.

Der Gesellschafter Ferdi-
nand Knauch ist von der
Vertretung der Gesellschaft
ausgeschlossen. (Photogra-
phisches Atelier, Berghei-
menstraße 3.) 15. 1. 32.

3. **Otto Blochmann,**
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen.

4. **Schubgeschäft Badenia,**
Wilhelm Dader, Karlsru-
he. Einzelaufmann: Mo-
sa Weis, Karlsruhe. Die
Haftung der Erwerberin
Mosa Weis, für die im
Betriebe des Geschäfts
begründeten Verbindlich-
keiten des früheren Inha-
bers sowie der Übergang
der Forderungen ist aus-
geschlossen. 16. 1. 32.

Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.604
Handelsregister eintrag
1. **Rheinische Asphalt- u.
Zementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung** in Karlsruhe.
Durch Gesellschafterbe-
schluss vom 21. Dezember
1931 wurde der Gesell-
schaftsvertrag in § 3
(Dauer der Gesellschaft),
§ 5 (Veräußerung von Ge-
schaftsanteilen), § 8 (Ge-
schäftsführer), § 11 (Ver-
gütung der Geschäftsführer)
geändert und durch
Hinzufügung eines neuen
§ 12 (Schiedsgericht) er-
gänzt. Hiernach gilt ins-
besondere: Die Dauer der
Gesellschaft wird bis zum
31. Dezember 1934 ver-
längert. Nach dieser Zeit
läuft der Vertrag still-
schweigend immer um ein
Jahr weiter, sofern er
nicht von dem Inhaber
eines Geschäftsanteils 6
Monate vor Ablauf, er-
stmals spätestens am 1.
Juni 1934 an die übrigen
Geschäftsanteile schrift-
lich mitgeteilt wird. Die
Vertretungsbefugnis der
Gesellschaftsführer
Gottlob Baumgärtner und
Wolfgang Kopp ist be-
endet. Als weiterer Ge-
sellschaftsführer ist Theo-
dor Baumgärtner, Kaufmann,
Stuttgart.

2. **Deutsche Verkehrs-
Kredit-Bank Aktiengesell-
schaft, Zweigniederlassung
Karlsruhe, Hauptst. Ber-
lin.** Die Generalversam-
mlung hat am 12. Oktober
1931 die Erhöhung des
Grundkapitals um 16
Millionen Reichsmark be-
schlossen. Diese Erhöhung
hat stattgefunden. Das
Grundkapital beträgt jetzt
20 000 000 RM. Die Er-
höhung erfolgt durch Aus-
gabe von 16 000 auf den
Inhaber lautende Aktien
über je 1000 RM, welche
zum Kurse von 110 Proz.
ausgegeben werden. Durch
Generalversammlungsbe-
schluss vom 12. Oktober
1931 wurde der Gesell-
schaftsvertrag in § 5
Abf. 1 (Höhe und Einteilung
des Grundkapitals)
geändert. 11. 1. 32.

3. **Süddeutsche Glashan-
dels-Aktiengesellschaft,**
Zweigniederlassung Karlsru-
he, Hauptst. Stuttgart.
Wilhelm Hed ist aus dem
Vorstand ausgeschieden.
An seiner Stelle ist Eduard
Jungfleisch, Kauf-
mann, Mannheim, zum
Vorstandsmittglied bestellt.

4. **Kartonnagenfabrik G.
Liedgens & Sohn, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe.** Durch
Gesellschafterbeschluss vom
24. Dezember 1931 ist die
bisherigen Geschäftsführer
Sigmund Wertheimer, jeder
der Liquidatoren ist ein-
geln zur Vertretung be-
rechtigt.

5. **Rheinische Schwem-
stein-Industrie, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**
in Karlsruhe. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 8.
Dezember 1931 wurde in
Abänderung des § 1 des
Gesellschaftsvertrags die
Firma geändert in: Rhein-
ische Schwemstein-Indu-
strie Friedr. Chr. Kir-
cher Erben, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, die
Vertretungsbefugnis des

Gesellschaftsführers Friedrich
Christian Kircher ist be-
endet. An dessen Stelle ist
Hermann Schneider, Archi-
tekt, Karlsruhe, als Ge-
sellschaftsführer bestellt. Die
Prokura der Maria Kircher,
des Julius Sandrock und
des Ernst Fischer ist er-
loschen. 13. 1. 32.

6. **Deutsche Bau- u. Bo-
denbank, Aktiengesellschaft,
Zweigniederlassung Karlsru-
he, Hauptst. Berlin.** Die
am 25. März 1931 von der
Generalversammlung be-
schlossene Erhöhung des
Grundkapitals ist in vol-
ler Höhe von 10 000 000
Reichsmark durchgeführt.
Das Grundkapital beträgt
jetzt 34 800 000 RM. Die
Erhöhung erfolgt durch
Ausgabe von 10 000 auf
den Namen lautende
Stammaktien Reihe B
über je 1000 RM zum
Nennwert. Durch Gene-
ralversammlungsbeschluss
vom 25. März 1931 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
(Höhe und Einteilung des
Grundkapitals) geändert.
14. 1. 32.

7. **Gebrüder vumel-
heber, Aktiengesellschaft,**
Karlsruhe. Gustav Him-
melheber ist aus dem Vor-
stand ausgeschieden. Vor-
standsmittglied: Bernhard
Himmelheber, Diplominge-
nieur und Architekt, Karlsru-
he. 15. 1. 32.

Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.558
Handelsregister eintrag
1. **Selbenerer Bingen**
G. m. b. H., Bingen: Die
Gesellschaft ist durch Ge-
sellschafterbeschluss vom
14. November 1931 aufge-
löst. Die bisherigen Ge-
sellschaftsführer sind Li-
quidatoren. Die Liquidatoren
vertreten die Gesellschaft
zu zweit oder ein jeder
einzeln in Verbindung
mit dem Prokuristen Mar-
zelle Weber.

Vom 15. Dezember 1931:
Dugo Schöfflin, Kan-
dern: Die Firma ist er-
loschen.

Vom 17. Dezember 1931:
**Antienegellschaft Gebr.
Kauter & Co.,** Grandson,
Zweigniederlassung in
Dorach: Armand Biquet,
Rathskatant in Yverdon,
Kaufmann Henri Sternod
in Yverdon sind zufolge
Todes als Verwaltungsrats-
mitglieder ausgeschieden;
Ständerat Henri Si-
mon in Lausanne ist aus
dem Verwaltungsrat aus-
getreten, ebenso Direktor
Julius Kauter in Grand-
son. Als Verwaltungsrats-
mitglieder sind be-
stellt: Ernest Chapannes,
Verwaltungsrat in Fécamp,
Gustave Curdod, Kontrol-
leur der Kantonalbank in
Lausanne. Weiter wur-
den bestellt: zum Direktor
Charles Kohler in Yver-
don, zu Vizepräsidenten Er-
nest Blumenstein in Yver-
don und Charles Bollinger
in Grandson. Die
Prokura der Kaufleute
Charles Kohler und Char-
les Bollinger ist erloschen.
Rom 24. Dezember 1931:

**Leichtstrafen-Grund-
stücksgesellschaft m. b. H.,**
Lörrach: Der Gesell-
schaftsvertrag ist am 11.
Dezember 1931 festgestellt.
Der Gegenstand des Un-
ternehmens ist die Ver-
waltung und Verwertung
der im Eigentum der Ge-
sellschaft stehenden und
von ihr neu zu erwerbenden
Grundstücke. Stamm-
kapital 20 000 RM. Die
Gesellschaft kann einen
oder mehrere Geschäfts-
führer bestellen. Sind
mehrere Geschäftsführer
bestellt, so wird die Ge-
sellschaft durch mindestens
zwei Geschäftsführer oder
durch einen Geschäftsführer
und einen Proku-
risten vertreten. Ge-
sellschaftsführer sind Kauf-
mann Peter Wüchhoff in
Wasel, Privatmann Au-
gust Meyer in Basel und
Kaufmann Fritz Huggel
in Mündingen. Je zwei
dieser Geschäftsführer

vertreten gemeinschaftlich
die Gesellschaft. Die Be-
kanntmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen im
Deutschen Reichsanzeiger
und Preussischen Staats-
anzeiger. Die Auflösung
der Gesellschaft kann auch
unter den im Gesell-
schaftsvertrag näher be-
zeichneten Voraussetzungen
durch Kündigung erfol-
gen.

Bad. Amtsgericht Lörrach.

Mannheim. B.554
Handelsregister eintrag
a) vom 23. Dez. 1931.
**Krauß-Wähler Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim.** Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am
28. November 1931 festge-
stellt. Gegenstand des Un-
ternehmens ist: der Weis-
tebetrieb der unter der
Firma Krauß-Wähler in
Mannheim betriebenen
Kohlengroßhandlung u. der
Vertrieb von Brennmate-
rialien und Betriebsmit-
teln jeder Art. Die Gesell-
schaft ist berechtigt, gleich-
artige oder ähnliche Un-
ternehmungen zu erwer-
ben, sich an solchen Un-
ternehmungen zu beteiligen
oder deren Vertretung zu
übernehmen. Das Stamm-
kapital beträgt 80 000 RM.
Hermann Krauß, Kauf-
mann, Berlin-Charlotten-
burg, ist Geschäftsführer.
Gesamtprokura ist erteilt:
dem Kaufmann Peter Al-
tenendorf, dem Kaufmann
Johannes Wefels, beide in
Mannheim, und dem Kauf-
mann Fritz Bach in Saar-
brücken. Die Gesellschaft
wird vertreten, wenn nur
ein Geschäftsführer bestellt
ist, durch diesen, und wenn
mehrere Geschäftsführer
bestellt sind, durch zwei
Geschäftsführer oder durch
einen Geschäftsführer ge-
meinsam mit einem Pro-
kuristen. Als nicht einge-
tragen wird veröffentlicht:
Der Gesellschaftsvertrag
Kaufmann Hermann Krauß in
Berlin-Charlottenburg
bringt sein bisher unter
der Firma Krauß-Wähler
in Mannheim als Einzel-
kaufmann betriebenes Han-
delsgeschäft mit Ausnahme
der im Handelsregister des
Amtsgerichts Saarbrücken
eingetragenen Zweignie-
derlassung, mit Aktien u.
Kassibon nach dem Stande
vom 1. April 1931 darge-
stellt in die Gesellschaft mit
dem Recht der Weiterfüh-
rung der Firma ein, daß
das Geschäft vom 1. April
1931 an als auf Rechnung
der Gesellschaft geführt
angesehen wird. Der Wert
dieser Sacheinlage ist auf
60 000 RM. festgesetzt. Da-
von werden 59 000 RM.
auf die Stammeinlage bie-
ret, während der Rest mit
1000 RM. nach Eintra-
gung der Gesellschaft an
diesen zu zahlen ist. Die
Bekanntmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen durch
den Deutschen Reichsanzei-
ger. Geschäftslokal: E. 7. 1.

„Rheinunion“ Trans-
port-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Mann-
heim: Kaufmann Arthur
Bader in Mannheim ist
zum weiteren Geschäfts-
führer bestellt. Die Pro-
kura des Arthur Bader ist
erloschen.

**Hidör Würzweiler, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim:** Der
Gesellschaftsvertrag ist
durch Gesellschafterbe-
schluss vom 11. Dezember
1931 in den §§ 4 (Ver-
äußerung von Geschäfts-
anteilen) und 5 (Vertre-
tungsordnung) abgeändert.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so ist je-
der Geschäftsführer für
sich allein zur Vertretung
der Gesellschaft berech-
tigt. Kaufmann Alfred
Blum in Mannheim ist
zum weiteren Geschäfts-
führer bestellt.

**Süddeutsche Glashan-
dels-Aktiengesellschaft Fi-
liale Mannheim** in Mann-
heim als Zweigniederlas-
sung der Firma Süd-

deutsche Glashandels-Akti-
engesellschaft in Stutt-
gart: Wilhelm Hed ist
nicht mehr Vorstand. Kauf-
mann Eduard Jungfleisch
in Mannheim ist zum
Vorstand bestellt.

**Otto Tempel Kohlenhan-
delsgesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Mann-
heim:** Heinrich Goeder
ist nicht mehr Geschäfts-
führer. Leonhard Reidel,
Wesseling (Bezirk Köln),
ist zum weiteren Ge-
sellschaftsführer bestellt
und ist berechtigt, die Ge-
sellschaft selbständig zu
vertreten. Der Gesell-
schaftsvertrag ist durch
Beschluss der Gesellschafter-
versammlung vom 17. Dezember
1931 in § 8 (Geschäfts-
führer) geändert.

**Otto Grabmayer, Mann-
heim:** Die Prokura des
Jakob Belschner ist er-
loschen.

**Johannes Diehl, Mann-
heim:** Die Firma ist er-
loschen.

**Gebr. Knapp, Mann-
heim:** Die Gesellschaft ist
durch den Tod des Wil-
helm Knapp aufgelöst. Das
Gesamtamt der Firma ging
auf den Bildhauermeister
Oskar Knapp in Mann-
heim-Feudenheim über.
Bildhauermeister Valen-
tin Schauf in Mannheim-
Feudenheim ist in das
Gesamtamt als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. August 1912 begonnen.

**Moriz Anson, Mann-
heim:** Das Geschäft samt
Firma ist von Eugen An-
son auf Kaufmann Emil
Stammer in Mannheim-
Feudenheim übergegan-
gen, der es unter der
Firma Moriz Anson
Nachf. Emil Stammer
weiterführt. Die in dem
bisherigen Geschäftsbe-
trieb begründeten Forde-
rungen und Verbindlich-
keiten sind vom Übergang
auf den Geschäftserwerber
Emil Stammer ausge-
schlossen.

**Eberhard & Co. Treu-
handgesellschaft, Mann-
heim:** Die Gesellschaft ist
aufgelöst. Das Geschäft
mit der Firma ist auf den
bisherigen Gesellschafter
Kaufmann Anton Eber-
hard in Forzheim über-
gegangen, der es als Ein-
zelkaufmann weiterführt.
Der Ort der Niederlas-
sung ist nach Forzheim
verlegt.

**Vertrieb von Erzeugnis-
sen fäsh. Gardinen-Fa-
briken Margaretha Haus-
mann, Mannheim:** Das
Gesellschaftsgeschäft mit
Margaretha Hausmann auf
Kaufmann Heinrich Haus-
mann in Mannheim über-
geben, der es unter der Firma
Vertrieb von Erzeugnis-
sen fäsh. Gardinen-Fa-
briken Heinrich Haus-
mann weiterführt. Die
Prokura des Friedrich Vi-
tense in Mannheim be-
steht fort.

**Kaufhaus Regeleiter &
Co., Mannheim-Sandhofen:**
Die offene Handels-
gesellschaft hat am 1. Janu-
ar 1931 begonnen.
Georg Regeleiter, Kauf-
mann, Friedrich Merkel,
Kaufmann, beide in
Mannheim-Sandhofen,
sind persönlich haftende
Gesellschafter.

b) vom 24. Dez. 1931:
**Emil Herrmann, Mann-
heim:** Die Prokura der
Mathilde Herrmann ge-
borene Scholz ist er-
loschen. Die Firma ist
erloschen.

**Bad. Amtsgericht, F.-G. 4,
Mannheim.**

Forzheim. B.565
Handelsregister eintrag
vom 23. 12. 1931: Fir-
ma **Martin Gutmann,**
Forzheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Eugen
Gutmann, Kaufmann in
Forzheim, ist alleiniger
Inhaber der Firma. Vom
28. 12. 1931: Firma **Fried-
rich Bollinger, Stein,** und
Firma **G. E. Kern, Ell-
mendingen:** Die Geschäfte

find je mit den Firmen
auf Julius Heinrich Bol-
linger, Kaufmann in
Stein, übergegangen. Vom
30. 12. 1931: Firma **Klit-
sch & Schöninger, Milsch-
und Molkereiprodukten,**
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Forzheim.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist die Errichtung
eines Milchwerks, die Be-
arbeitung und Verarbei-
tung von Milch, Handel
mit Milch, Molkereipro-
dukten und Eiern. Die
Gesellschaft ist berechtigt,
weitere gleichartige Un-
ternehmungen in Forz-
heim oder an anderen Or-
ten zu errichten oder
bestehende zu erwerben
oder sich an bestehenden
zu beteiligen und sämt-
lich einschlägigen Gesell-
schaften zu betreiben. Die
Gesellschaft ist berechtigt,
das Unternehmen der
Gesellschaft zu fördern.
Die Gesellschaft ist ins-
besondere berechtigt, eigene
Verkaufsstellen in Forz-
heim oder an anderen Or-
ten zu errichten und zu
unterhalten. Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
sellschaftsführerin ist El-
sa Klitsch geb. Höller, Ehe-
frau des Milchhändlers
Arthur Klitsch in Forz-
heim. Der Gesellschafts-
vertrag dieser Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
ist am 20. November 1931
festgestellt. Jeder Ge-
sellschaftsführer ist allein-
vertretungsberechtigt. Die
Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen nur
durch den Deutschen
Reichsanzeiger.

Firma **Hermann Bollof,**
Forzheim. Inhaber ist
Hermann Bollof, Kauf-
mann in Forzheim.
Die Firmen **Schneider
& Weber, L. Mutschler-
Knauch, Friedrich Meier,
E. Guinand** in Forzheim
sind erloschen.

Amtsgericht Forzheim.

Schoffheim. B.806
Handelsregister eintrag
A D.-Z. 186 zur Firma
Engelien & Horn in
Schoffheim. Die Firma ist
erloschen.

**Schoffheim, 22. 1. 1932.
Bad. Amtsgericht.**

Schoffheim. B.807
Handelsregister eintrag
A D.-Z. 119 zur Firma:
Wich. Weberei Otto Horn
in Langenau. Die Firma
ist erloschen.

**Schoffheim, 22. 1. 1932.
Bad. Amtsgericht.**

Schwetzingen. B.803
Güterrechtsregister eintrag
Band III, Seite 7: **Schim-
mele Martin, Maurer** und
Heizer in Schwetzingen und
Hofa geb. Münch. Vertrag
vom 14. Januar 1932. Gü-
tertrennung.

**Schwetzingen, 21. 1. 1932.
Bad. Amtsgericht. I.**



Badisches Landestheater

Dienstag, 26. Januar 1932

Volksbühne:
Januarvorstellung

Nina

Komödie von Bruno Frank

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Erwig, Rabenmacher, Seiling,

Geier, Heber, Brand,

Dahlen, Berg

Anfang 20 Ende 22

Preise A (0,60 - 3,50 RM)

Plätze aller Preiskategorien
sind für den allgemeinen
Verkauf freigegeben

Di. 27. 1. Im weißen Hölzl

Do. 28. 1. Napoleon oder Die

hunderter Lage. Fr. 29. 1.

Di. 30. 1. Der neue Ein-
studiert: Der Widerpen-
sion Bäumling. So. 31. 1.

Lothengrün. Am Konzepts-
Der Wetter aus Dingda.